

# DER BREMER<sup>0,50 €</sup> ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Juni 06/2007

## Zu den Wahlergebnissen vom 13. Mai und no-npd

Gewiss, die Wahlen sind vorbei. Dennoch sei mir ein "Nachwort" dazu gestattet. In der Mai-Ausgabe unseres BAF hieß es: Die VVN-BdA ist eine überparteiliche Organisation. In Wahlkämpfen spricht sie sich nicht für eine bestimmte Partei aus. Sie unterstützt die Bemühungen für eine rege Wahlbeteiligung und bringt im Sinne ihrer Grundeinstellung: Nie wieder Krieg und Faschismus ihre aktuellen Forderungen ein. Entschieden tritt sie deshalb auch gegen rechtsextremistische und neonazistische Parteien und Gruppierungen, deren Propaganda und Aktivitäten auf. Als die Wahlergebnisse am Abend des 13. Mai bekannt gegeben wurden, waren sie deshalb natürlich auch für uns AntifaschistInnen Grund zur Freude.

Schließlich haben wir durch unsere aktive Teilnahme an Protestaktionen gegen die neonazistischen Bewerber bei dieser Wahl und durch unsere NPD-Verbotskampagne doch mit dazu beigetragen, dass die DVU nur knapp wieder ein Bürgerschaftsmandat erreichte und die beiden anderen Gruppierungen BML und BIW an der 5%-Hürde scheiterten. Zugleich unterstreichen deren Ergebnisse, besonders in Bremerhaven, aber auch die große aktuelle Bedeutung unserer Kampagne. Bis zum 13. Mai wurden unter unseren Brief an die Bundestagsabgeordneten mit der Forderung: Die NPD muss mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen verboten und konsequent aufgelöst werden, in Bremen und Umzu **über 3.000 Unterschriften** gesammelt!

Bei Sammlungen auf Konzerten einer Jugendband, bei der Anti-DVU-Demo in Bremerhaven, während der Kundgebung am 1. Mai auf dem Domshof und durch viele kleinere örtliche und betriebliche Initiativen konnte seit Mitte April dadurch das Ergebnis um rund 1.500 gesteigert werden. Darunter sind diesmal neben vielen jungen Menschen auch erfreulich viele Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre und einige Bürgerschaftsabgeordnete. Die

Mitglieder und Freunde der VVN-BdA haben sich am Abend des 13. Mai - dessen bin ich mir ganz sicher - besonders auch

erringen konnte. Das hat damit zu tun, dass "Die Linke" - im Bundestag noch als "Linksfraktion" vertreten - konsequent gegen die Politik des rigorosen Soziallabbaus der großen Koalition und für eine Steuergesetzgebung kämpft, die den Konzernen und großen Vermögen nicht Milliardengeschenke macht, sondern eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten einleitet und, dass "Die Linke" die einzige Kraft ist, die eine Beteiligung von Bundeswehreinheiten an Kriegseinsätzen im Bundestag ablehnt und die als Partei auch ohne wenn und aber unsere Kampagne no-npd unterstützt.

Diese Einstellung zur "Linken" ist nicht gegen die Antifaschisten und Friedensfreunde in SPD und Grünen gerichtet. Es soll ihnen vielmehr helfen, sich und ihren Positionen in ihren Parteien mehr Geltung zu verschaffen.

**Herbert Breidbach**

darüber gefreut, dass "Die Linke" mit sieben Abgeordneten in die Bürgerschaft einziehen und drei Stadtverordnetenmandate in Bremerhaven sowie 27 Beiratsmandate

## Kleine Schurken

*"... dass niemand auch nur die geringste Lust je verspüren sollte, Ähnliches aufs Neue zu versuchen. Vergesst auch nicht die kleinen Schurken dieses Systems, merkt Euch die Namen, auf dass keiner entkomme! Wir schweigen nicht, die Weiße Rose lässt Euch keine Ruhe!"* Mit diesem Flugblatt-Text von Hans und Sophie Scholl hat sich das Kollegium des Schulzentrums Geschwister Scholl am 06. Mai in einer großen Zeitungsanzeige eindrucksvoll an die Bremerhavener Öffentlichkeit gewandt. Die Anzeige war ein Kommentar zur ersten öffentlichen Wahlkampfveranstaltung der DVU in der Stadthalle von Bremerhaven. Bekanntlich treiben hier deren "kleine Schurken" wie Siegfried Tittmann - auch unterstützt von der NPD - seit 20 Jahren ihr Unwesen. Regelmäßig vermüllen sie die Stadtverordnetenversammlung mit faschistischem Gezeifer und die Briefkästen und Straßen der Stadt mit unerträglicher

Hetze gegen MigrantInnen. Neu war der Versuch, mit dem DVU-Bundesvorsitzenden und Verleger der National-Zeitung, Dr. Gerhard Frey in der Stadthalle salonfähig zu werden. Und dies ausgerechnet an einem 06. Mai, dem Tag, an dem einst Nazis in unserer Stadt öffentlich die ersten Bücher verbrannten.

Nachdem das Gericht den Weg für diese faschistische Provokation freigemacht hatte, formierte sich auf Einladung der DGB Arbeitsgruppe Vielfalt ein breites "Bündnis für Respekt, Toleranz und Demokratie". Binnen zweieinhalb Wochen organisierte es eine Gegenveranstaltung zur DVU - am gleichen Tag, zur gleichen Zeit, unmittelbar vor der Halle. Zusätzlich organisierten einige Gruppen des Bündnisses vorweg eine Demo vom Stadtzentrum zur Stadthalle.

*weiter geht es auf Seite 4*



Am 18.05. wurde in Bremen-Hastedt die Plakatwand "NPD-VERBOT JETZT!" Presse, Fernsehen und der Öffentlichkeit vorgestellt.

# Ich bin verkauft worden

*„Ich weiß, sagte ich in diesem Verhör, ‚Sie haben sich mehr vorgestellt für die 5000 Dollar, die Sie für mich bezahlt haben.‘ 3000‘, sagte der Vernehmer. ‚Wir haben nur 3000 Dollar für dich gezahlt.‘ Da wusste ich, dass es stimmte.“*

Murat Kurnaz wurde, von wem auch immer, für 3.000 Dollar an die US-Armee verkauft. Bestimmt sehr viel Geld für den Denunzianten, aber was für eine Summe dafür, dass ein Menschen womöglich gebrochen wurde. Der Vergleich, den Kurnaz auf der Rückseite seines Buches "Fünf Jahre meines Lebens - Ein Bericht aus Guantanamo" verwendet, trifft es genau: *"... dass die Amerikaner Geld für uns gezahlt haben, als wären wir Sklaven."*

Er berichtet von unzähligen Folterungen, die er und seine Mithäftlinge ertragen mussten. Fünf Jahre lang immer wieder Isolation, Schlafentzug, Schläge, Elektroschocks und an Handschellen aufgehängt werden. Bereits im Flugzeug von Pakistan nach Kandahar, Afghanistan, gab es Tritte von den US-Soldaten. Dort angekommen, wurden sie sogar mit Hundebissen traktiert. Und immer wieder gab es Schläge und Tritte. Bei späteren Verhören in Kandahar weiß einer der Offiziere sehr viel über ihn: Das verkaufte Handy, Bankverbindungen oder z.B. Freunde und Bekannte aus Bremen. Das können sie von nur deutschen Behörden, vielleicht sogar aus Bremen, erfahren haben. Das hieße, dass die Bundesrepublik von Anfang an und über alles informiert war.

In Afghanistan und in Guantánamo sind laut seinem Buches viele der angeblichen "Terroristen" durch tagelanges Aufhängen an den Armen ermordet oder zu Tode geprügelt worden. Alles im Namen der Terrorbekämpfung. Murat Kurnaz hat wahrscheinlich alle Formen des Folterns kennengelernt: Schlafentzug, Licht und Lärm, Schläge, Chili-Spray, Elektroschocks und an Handschellen aufgehängt werden, Scheinerschießen und -ertränken. Kränkungen aller Art mussten sie ertragen: Soldatinnen sehen zu, wie die muslimischen Männer auf den Eimer müssen, nacktes Herumführen oder Schänden des Korans. Kurnaz wird im Laufe der "Verhöre" schnell klar: *„Die glauben wirklich, dass wir Terroristen sind. Das muss denen so eingetrichtert worden sein.“*

Die Kommentare mancher Politiker von Rot-Grün und Union sind schon widerlich. Rot-Grün will sich reinwaschen, obwohl sie große Schuld auf sich geladen haben und die Union findet es eh nicht schlimm. Das, was Kurnaz beschreibt, hat er erlebt (mehr oder weniger genauso). Andere Freigelassene haben ähnliches berichtet. Dafür spricht auch die Beschreibung eines Wärters, der sich nicht an den Misshandlungen

beteiligen wollte. Warum sollte er einem US-Soldaten Menschlichkeit bescheinigen, wenn all das Geschriebene Fiktion ist. Hier nur ein winziges Beispiel: Einem 19-jährigen, dem die Beine amputiert worden war, wurde beim Versuch sich am Käfigdraht hochzuziehen, da er auf den Eimer musste, auf die Hände geschlagen. *"Das war Gesetz: Wir durften den Draht nicht berühren. Aber ein Junge ohne Beine?"*

Der Skandal wird fast noch von journalistischen Dummköpfen wie Alan Posener, Kommentarchef der "Welt am Sonntag", überboten, wenn er hämisch kommentiert: *"... Jede Schauererzählung, die irgendeiner der bislang über 340 Entlassenen oder ihrer Anwälte einer sensationslüsternen Presse verkauft hat, wird hier nicht nur vom Hörensagen wiedergegeben, sondern von der Hauptfigur am eigenen Leib erlitten."*

## Berufsverbot aufgehoben

Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg in Mannheim hat entschieden, dass das Berufsverbot für den Lehrer Michael Csaszkóczy zu Unrecht ausgesprochen worden ist (Aktenzeichen des Urteils: 4 S 1805/06). Das Oberschulamt Karlsruhe hatte dem Lehrer die Einstellung in den Schuldienst verweigert. Es hatte ihm unter anderem seine Mitarbeit in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD) vorgeworfen. Ebenso wurde ihm die Mitgliedschaft in der VVN-BdA zur Last gelegt. Demonstrationen gegen Neonazi-aufmärsche und den Irak-Krieg sind laut Verfassungsschutz Grund genug an der Verfassungstreue zu zweifeln. Doch das Gericht sah die ganzen "Erkenntnisse" des VS als "nicht geeignet, die Annahme mangelnder Verfassungstreue zu rechtfertigen". Das Land habe das tadellose Verhalten Csaszkóczy im Referendariat "nicht hinreichend berücksichtigt".

Das Land Baden-Württemberg ist verpflichtet, erneut über den Einstellungsantrag Csaszkóczy zu entscheiden. Leider kann das VGH das Land nicht zwingen den Realschullehrer auch einzustellen. Allerdings ist eine Revision gegen das Urteil nicht zulässig.

*"Die Landesregierung sollte das Urteil des VGH als Chance betrachten und Michael Csaszkóczy sofort einstellen. Damit könnte Baden-Württemberg auch bundesweit endlich einen Schlusstrich unter das Thema Berufsverbote und den Rückfall in eine unrühmliche Politik der 70er-Jahre ziehen",* sagte GEW-Landesvorsitzender Rainer Dahlem.

**Gerold Fleßner**

*Freilich kann es dabei schon mal vorkommen, dass Kurnaz mit Elektroschocks gefoltert wird, während ihn Soldaten festhalten. Die armen Soldaten, kann man da nur sagen. ..."*

*"Ich hoffe, dass meine Unschuld eines Tages nicht mehr angezweifelt wird",* schreibt er zum Schluss.

**Das Buch "Fünf Jahre meines Lebens. Ein Bericht aus Guantanamo" von Murat Kurnaz und Helmut Kuhn ist im Rowohlt-Verlag, Berlin, 2007, erschienen. Es hat 285 Seiten und kostet 16,90 EUR (ISBN 978-3-87134-586-0). Aber das Buch ist nichts für schwache Nerven!**

**Gerold Fleßner**

## Typisch Polizei - mal wieder auf dem rechten Auge blind

Die Polizeistation Barnstorf, Kreis Diepholz, verweigert Entgegennahme einer Anzeige gegen Unbekannt bzw. gegen die NPD wegen einer Plakataktion der NPD an der Hauswand eines Geschäftes in Barnstorf.

In der Mobilisierungsphase der Demo gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Vechta war ein Aufruf für diese Demo im Schaufenster dieses Geschäftes zu sehen. Einige Läden in Barnstorf hatten diesen Aufruf ebenfalls aufgehängt.

In der Nacht vom 27. auf den 28. April wurden in Barnstorf diese NPD-Pamphlete für den Naziaufmarsch am 1. Mai in Vechta an ca. 30 verschiedenen Stellen verklebt.

Diese Stellen wurden teilweise fotografiert und dem Staatsschutz in Diepholz gemeldet. Die Samtgemeinde Barnstorf wird eine Anzeige wegen wilden Plakatierens stellen. Und was macht die Polizei in Barnstorf? Sie weigerte sich zwei Mal, eine Anzeige der Ladenbesitzerin entgegen zu nehmen.

Ein paar Tage vorher wurde bei diesem Geschäft das Schaufenster und Teile der Hauswand mit einer Flüssigkeit verschmutzt, weil dort ein kleiner Aufruf (no-npd) zur Unterschriftenaktion für einen erneuten NPD-Verbotsantrag zu sehen ist.

**Übrigens:** Im dritten Anlauf war die Polizei endlich bereit die Anzeige aufzunehmen. Es sei alles nur ein Missverständnis gewesen.

**am**

# Demonstrationsteilnehmer nicht Gegner der Polizei

Sehr informativ war die Abschlussveranstaltung der Georg-Elser-Initiative am 20. April im Nachbarschaftshaus Ohlenhof unter dem Thema "Gewalt auf Demonstrationen".

Auslösepunkt bildete die Erfahrung zahlreicher BremerInnen mit überzogenem polizeilichem Einsatz bei der Demonstration am 04.11. gegen einen Aufmarsch der NPD. Dies verdeutlichte Filmausschnitte von TURA TV. Horst Frehe, Sozialrichter und Moderator der Veranstaltung, erklärte, nicht beabsichtigt sei eine einseitige Schuldzuweisung der Polizei, sondern andere Abläufe zukünftiger politisch motivierter Demonstrationen. Verbesserungen in der Ausbildung der Bremer Polizei (Fachhochschulstudium) stellte Matthias Güldner (stellv. Fraktionsvors. Bündnis 90/ Die Grünen) fest, auch eine höhere Sensibilität gegenüber dem Auftreten neofaschistischer Parteien. Umso bedauerlicher sei die Haltung von Polizeiführung und Innenressort zu bewerten, die vor

der Großdemonstration ein Gewalt Szenario an die Wand gemalt hatten. Als Augenzeugen und Filmaufnahmen überzogene Gewalt belegten, ließen sie nicht nur die Opfer polizeilicher Übergriffe, sondern selbst die eigene Polizei schlicht im Regen stehen. Vehement verwahrte sich Horst Göbel (Landesvors. der Bremer Gewerkschaft der Polizei) gegen Unterstellungen, innerhalb der Polizei gebe es eine auffällige Neigung zu rechtsextremen Haltungen. Viele PolizistInnen stünden gegen aufkeimende faschistische Tendenzen. Die GdP stehe gegen jegliche rassistische und fremdenfeindliche Tendenzen in den eigenen Reihen. In ihrem dienstlichen Auftrag seien sie jedoch gehalten, entgegen der eigenen Auffassung faschistische Umtriebe zu schützen, soweit sie sich im legalen Rahmen bewegten, und den halbe die NPD peinlich genau ein. Selbst Gesetzesbrecher hätten Recht auf Polizeischutz vor Menschen, die das Recht in ihre eigenen Hände nähmen. Im Vergleich zur Rekrutenvereidigung am 06. Mai 1980 im Weserstadion sei der 04.11. deutlich anders verlaufen. Rolf Gössner (Präs. der Internat. Liga für Menschenrechte) bedauerte die Nichtbeteiligung von Polizeiführung und Innenressort an der Veranstaltung. Machtmissbrauch und Übergriffe auf politisch motivierten Demonstrationen erwachsen aus Führungsproblemen, die Polizei werde politisch missbraucht, um soziale Probleme abzuwickeln, die von der herrschenden

Politik erzeugt wurden. Der längst beiseite gelegte Große Lauschangriff, die Schleier-

Erklärung: "Die TeilnehmerInnen der Veranstaltung ,Gewalt auf Demonstrationen - Ursachen von Eskalation' appellieren an Innensenator Thomas Röwekamp und Polizeipräsident Eckart Mordhorst, zu einem Klima beizutragen, in dem DemonstrationsteilnehmerInnen nicht von vornherein als Gegner der Polizei betrachtet werden. Demonstrationen gegen Neofaschisten richten sich nicht gegen die Polizei, sondern gegen eine rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Politik. Auch Friedens-, Sozial- und globalisierungskritische Gruppen, die sich für Abrüstung, Gerechtigkeit, Solidarität, Armutsbekämpfung und nachhaltigen Umgang mit der Natur einsetzen, sehen nicht in der Polizei ihren Gegner. Sinnvoll wäre eine politische Vorab-Information an die für den Einsatz vorgesehenen Polizeieinheiten über die Anliegen der jeweiligen Demonstration durch umfangreiche Fortbildungsangebote. Zu prüfen wäre die Einbeziehung der Demonstrations-



Im Rahmen der Vortragsreihe "GEGEN RECHTSEXTREMISMUS - VIELFALT STATT EINFALT" - sie läuft noch bis Anfang Juni - wurde vom 24. April bis zum 04. Mai im Gewerkschaftshaus in Bremerhaven unsere Ausstellung "NEOFASCHISMUS IN DEUTSCHLAND" gezeigt. Auf dem Foto: Caren Emmen-ecker von der Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e.V. im Gespräch mit unserem Kameraden Herbert Breidbach, der die Ausstellung eröffnete. In den Räumen der Ausstellung lagen auch unsere Unterschriftenlisten für den Brief an die Bundestagsabgeordneten ("NPD-VERBOT JETZT") aus. 40 Besucher gaben dafür ihre Unterschrift.

Foto: Is (Nordsee-Zeitung vom 25.04.2007)

und Rasterfahndung, die Kronzeugenregelung würden auf höchster politischer Ebene wiederbelebt und ihre gesetzliche Verankerung angestrebt. Mit der engen Verflechtung von Polizei, Geheimdienst und Militär wachse die Gefahr der Unkontrollierbarkeit. Menschenrechtsverletzungen seien längst internationales Thema, wie der Fall Murat Kurnaz zeige. Martin Herrnkind (ehem. Sprecher der AG Krit. PolizistInnen) warnte eindringlich vor den Gefahren einer Dehumanisierung im Polizeialltag. Bei Übergriffen auf Demonstranten und soziale Minderheiten sei der Opferschutz oft nicht gegeben. Demgegenüber wies eine junge Polizistin auf die geänderte Ausbildung und interne Revision hin, die das Polizeiverhalten in Bremen gegenüber früher anders aussehen lasse. Hartmuth Wrocklage (ehem. Hamburger Innensenator) hielt eine Demokratisierung der Polizei für möglich. In Hamburg hatte er kurzzeitig eine Polizeikommission ins Leben gerufen, bis sein Nachfolger Schill sie rückgängig machte. Mit einer Dezentralisierung des Führungsapparates sollte die Einbindung ins Gemeinwesen gefördert werden. Eine externe Kontrolle sei nicht durch Innenrevision und Staatsanwaltschaft ersetzbar. Was im angloaustralischen Bereich üblich sei mit der Schaffung von Beschwerdekommisionen, müsse auch hier eingesetzt werden. Nach einer anregenden wie kritischen Diskussion schloss die Veranstaltung mit der Verabschiedung einer Gröpelinger

Verantwortlichen in die polizeilichen Vorbereitungsveranstaltungen."

Raimund Gaebelien

## Volkshochschule zieht in das Bamberger-Haus

Am Sonntag den 22. April diesen Jahres öffnete das Bamberger-Haus für die Bremer seine Tore, trotzdem die Handwerker noch einiges zu tun haben.

Unserem Kameraden Klaus Hübotter ist es zu verdanken, dass das Haus im alten Stil, so wie es Julius Bamberger geplant und als erstes Hochhaus in Bremen hatte bauen lassen, wieder entstanden ist. In seiner Ansprache betonte Klaus Hübotter, dass es eine Freude für ihn war, das geschichtsträchtige Haus wieder so aufzubauen wie es einmal war, auch mit Turm.

Im September ist die offizielle Eröffnung geplant. Das Bambüdel-Haus wird für die Bremer, die es besuchen werden, ein Erlebnis sein und eine kleine Wiedergutmachung an Julius Bamberger, der von den Nazis als Jude vertrieben wurde.

Ingeborg Breidbach

## Neues Büro

In wenigen Wochen beziehen wir preisgünstigere und besser gesicherte Büroräume Am Speicher XI/9 zwischen Hafenumuseum und Großmarkt. Mit der Straßenbahnlinie 3 (Waller Ring) oder Buslinie 26 (Am Speicher XI) lässt es sich ebenso leicht erreichen wie die Bürgermeister-Deichmann-Straße. Es fällt nicht leicht nach 24 Jahren die gewohnten Räume zu verlassen. In der Nähe von Hafenumuseum und Kunsthochschule freuen wir uns auf gute Nachbarschaft. Die neuen Räume werden viel kleiner sein als die bisherigen. Für den bevorstehenden Umzug in der zweiten Junihälfte sind alle Hände willkommen.

Der Landesvorstand

## Nachruf

auf unseren langjährigen Kameraden und Mitglied des Landesvorstands Christoph Gerdes

Mit Bestürzung haben wir vom Tod unseres lieben Freundes Christoph erfahren. Christoph war uns allen ein sehr geschätzter Freund und Genosse, der mit der Kraft seiner Überzeugung für ein menschenwürdiges Leben kämpfte und uns durch sein Vorbild und seine standhafte Haltung Mut für das gemeinsame Streben nach einer gerechten Gesellschaftsordnung gab. Durch sein Wirken im Freidenkerverband, in der Gewerkschaft, in den Bündnissen "Menschen gegen soziale Kälte" und "Mut zum Frieden", in der Jugendorganisation "Die Falken", in antifaschistischen Bündnissen und in der DKP erwarb er bei vielen Mitstreitern hohes Ansehen. Wir haben mit ihm einen guten Freund verloren. Aber als Vorbild lebt er in uns fort!

Der Landesvorstand und Hermann Büttelmann (Bremerhaven)

"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen, erreichbar.

Tel.: 0421/38 29 14

Fax: 0421/38 29 18

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr

Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

E-Mail: [bremen@vvn-bda.de](mailto:bremen@vvn-bda.de)

Internet: [www.bremen.vvn-bda.de](http://www.bremen.vvn-bda.de)

Internet: [www.kueste.vvn-bda.de](http://www.kueste.vvn-bda.de)

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:

Die Sparkasse in Bremen

BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

## Krieg ist Frieden?

Ich habe es schon immer gesagt, Zeitungslesen bildet. Die beiden Bremer Tageszeitungen berichten am 14.05., dass die "Bremer Musical Company" deutsche "Friedenstruppen im Norden Afghanistans und in Kabul besucht". Eine derartige "Musical Company" bietet nämlich "ferna von Heimat und Familie ein bisschen Abwechslung und Entspannung", sagt der Chef der Company. Die Konzerte seiner Jungs seien schon in Sarajewo und Kosovo mit "unglaublich viel Dankbarkeit und Begeisterung aufgenommen worden." Sie wollen nun erneut in "Friedensgebieten künstlerisch aktiv werden." Ich empfehle die Friedensgebiete Afghanistan und Irak, wo sie dann vor "Friedenswaffen, Friedensmorden und Friedenstoten" musizieren können! George Orwell lässt grüßen.

Ernst Busche

## "Haltet eure Straßen sauber"

Unter dieser Überschrift fanden wir in "betriebsrat news", der Zeitung des Betriebsrates von Arcelor - Stahlwerke Bremen für die Belegschaft Folgendes: *"Die Bürgerschaftswahl rückt näher, Das merken wir an den ersten Wahlplakaten. Über vieles darauf lässt sich streiten. Über eins aber nicht: Rassistische Parolen wie: 'Das deutsche Volk' zuerst oder den Versuch, Hartz IV-Empfänger gegen ausländische Kollegen aufzuwiegeln, werden wir nicht hinnehmen.*

*Deshalb begrüßen wir es, dass einige Aktivisten im Umkreis der Hütte solch hetzerische Parolen übermalt haben. Fast überall in der Stadt hängt der braune Schmutz herum. Es gibt noch viel zu tun. Gebt den alten und neuen Nazis keine Chance."*

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (382914 bzw. [bremen@vvn-bda.de](mailto:bremen@vvn-bda.de)) oder über Raimund Gaebelein (6163215 oder 0173-9350476) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

[www.vvn-bda.de](http://www.vvn-bda.de)

Fortsetzung von Seite 1

Rund 2.000 Menschen machten schließlich vor der Halle deutlich, was sie von den rund 200 angereisten Nazis hielten. Sie hörten sich nicht nur die Redner und Musikgruppen auf der Bühne des Bündnisses an, sondern belagerten auch Haupt- und Hintereingang der Stadthalle, blockierten anreisende Busse der DVU und skandierten lauthals Anti-Nazi-Parolen. Dabei brauchten sie einen langen Atem, denn der öffentlichen DVU-Veranstaltung sollte ein internes Funktionärstreffen vorausgehen. Die Gegenaktionen an der Halle begannen deshalb schon um 10:00 Uhr. Etwa hundert überwiegend jugendliche Demonstranten wurden später vom Sicherheitsdienst der Stadthalle mit eingelassen. Sie stürten die DVU-Veranstaltung auch von innen mit lauten "Nazis raus" - Sprechchören und sorgten für tumultartige Szenen in der Halle. Da bis zum späten Nachmittag viele Gegendemonstranten vor der Halle ausharrten, mussten die Nazis auch bei ihrem Abgang den Hinterausgang benutzen.

Hanne Beutel

Mich interessieren folgende Themen:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Erinnerungsarbeit
- Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Bremen, den \_\_\_\_\_